

NEUE DOKUMENTE
AUS TSCHECHISCHEN ARCHIVEN:
RUDOLF BECHYNĚS MEMORANDUM AN STALIN
VOM 9. JANUAR 1945

Von Peter Heumos

Die Geschichte der Tschechoslowakischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei im Zweiten Weltkrieg ist eine Geschichte ihres Machtverfalls, der von ideologischer Zersplitterung, dem tiefen Bruch mit den Traditionen der Arbeiterbewegung vor dem Krieg und unsicheren Schritten auf dem Weg zu neuen programmatischen Grundlagen und der eigenen Ortsbestimmung in der Nachkriegsgesellschaft der Tschechoslowakei begleitet wurde. Der Zweite Weltkrieg scheint allerdings in vieler Hinsicht nur den Katalysator einer Entwicklung gebildet zu haben, die lange vor dem Ende der Ersten Tschechoslowakischen Republik eingesetzt hatte und den Stimmenanteil der Partei bei den Wahlen zur tschechoslowakischen Nationalversammlung zwischen 1920 und 1935 um die Hälfte von 25 auf 12 Prozent schrumpfen ließ.

Unter dem nationalsozialistischen Okkupationsregime im Protektorat Böhmen und Mähren konnte sich die Tschechoslowakische sozialdemokratische Arbeiterpartei anfangs durchaus nicht unerhebliche Machtpositionen im Untergrund aufbauen; hier ist vor allem an den *Petiční výbor Věrní zůstaneme* zu erinnern, dem viele Mitglieder des sozialdemokratischen Bildungswerks der Zwischenkriegszeit, der *Dělnická akademie*, angehörten¹. Dieser Widerstandsgruppe verdankte die Sozialdemokratie erste Ansätze einer politisch-konzeptionellen Neuorientierung, die jedoch nach dem Krieg nicht wiederaufgenommen wurden². Der Terror der Okkupanten hat den sozialdemokratischen Untergrund in der Folgezeit weitgehend zerschlagen; bis zum Kriegsende wurden mehr als 1200 Parteifunktionäre und einfache Parteimitglieder ermordet, unter ihnen der Parteivorsitzende Antonín Hampl 1942 in Alt-Moabit³. In verspreng-

¹ Vgl. Janeček, Oldřich: O programu Petičního výboru „Věrní zůstaneme“ z let 1940–1941 [Über das Programm des Petitionsausschusses „Wir bleiben treu“ aus den Jahren 1940–1941]. PKSČ 6 (1966) 481–499. – Kuklík, Jan: Poznámky k činnosti „Skupiny Dělnické akademie“ v druhé polovině třicátých let z hlediska geneze PVVZ [Anmerkungen zur Tätigkeit der „Gruppe der Arbeiterakademie“ in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre unter dem Gesichtspunkt der Entstehung des PVVZ]. Odboj a revoluce 5/2, Suppl. (1967) 50–68.

² Das Programm dieser Gruppe wurde nach dem Krieg veröffentlicht: Za svobodu do nové Československé republiky [Für die Freiheit in eine neue tschechoslowakische Republik]. Praha 1945.

³ Padlým hrdinům. Památník obětí Československé sociální demokracie v osvobozené boji 1938–1945 [Den gefallenen Helden. Ein Gedenkbuch für die Opfer der Tschechoslowakischen Sozialdemokratie im Befreiungskampf 1938–1945]. Brno 1947.

ten, kleineren Gruppen blieb die Sozialdemokratie zwar im Untergrund präsent, konnte auch in einigen legalen Institutionen des Okkupationsregimes (etwa der Einheitsgewerkschaft) überwintern und Teile ihres Organisationssystems aus der Vorkriegszeit (Genossenschaften) bewahren. Als das Dritte Reich zusammenbrach und der Aufbau der tschechoslowakischen Nachkriegsrepublik begann, stand den im Lande gebliebenen sozialdemokratischen Gruppierungen jedoch nichts zur Verfügung, worauf sie erheblichere Machtansprüche hätten gründen können. Die entscheidende Bresche in die einstige Machtposition der Sozialdemokratie schlugen vor allem die tiefgreifenden Wandlungs- und Umorientierungsprozesse der Arbeiterschaft in den Kriegsjahren. Diese hatte sich zwar zwischen 1939 und 1945 zu einem großen Teil mit der Besatzungsmacht arrangiert und dem „Loyalitätskauf“ durch die Okkupanten wenig Widerstand entgegengesetzt⁴, weithin aber zugleich radikalisiert: durch die brutalen Formen des industriellen Konflikts, den die nationalen Antagonismen verstärkten, durch sozialpolitische Entrechtung, durch den ausufernden Leistungsterror der Rüstungswirtschaft und durch politische Verfolgung. Die Sozialdemokratie sah sich jedenfalls am Ende des Krieges damit konfrontiert, daß der Partei die Arbeiterschaft, ihre traditionelle soziale Basis, in Scharen davon- und zu den Kommunisten übergelaufen war. Stellten Arbeiter 1936 noch fast 60 Prozent der Mitglieder der Partei, so waren es 1947 nur noch etwas über 33 Prozent⁵.

Die grundsätzlichen Entscheidungen über die Nachkriegspolitik der Tschechoslowakischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, über ihre gesellschaftspolitischen Konzeptionen und ihr Verhältnis zu den anderen politischen Parteien des Landes fielen im sozialdemokratischen Exil, dessen Zentrum seit 1940 und dem Fall Frankreichs in London lag.

Die Diskussionen, die in den europäischen sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Parteien während des Zweiten Weltkrieges im Exil oder in der Heimat im Untergrund und im Widerstand gegen den Faschismus geführt wurden, zeigen ein gemeinsames Grundmuster, in dem sich auch die programmatischen Vorstellungen der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Exilvertretung unterbringen lassen. Alle diese Diskussionen lebten zunächst von der Erwartung, daß nach dem Ende des Krieges und dem Sturz des Faschismus ein unmittelbarer Übergang zu einer Phase sozialistischer Hegemonie möglich sein würde, und dies vor allem deshalb, weil die politischen Rechte in jeder Hinsicht abgewirtschaftet und ein großes Machtvakuum hinterlassen haben würde. Deshalb erschien die Zuordnung von Nation und Sozialismus und die Vermutung nicht überzogen, daß Klassenbewegungen in der Nachkriegsgesellschaft von abnehmender Strukturbedeutung sein würden. Zum Grundmuster der sozial-

⁴ Mastny, Vojtech: *The Czechs under Nazi Rule. The Failure of National Resistance, 1939–1942*. London 1971, 80–85 und 205f.

⁵ Zpráva o činnosti Československé sociálně demokratické strany dělnické v letech 1933–1936 [Bericht über die Tätigkeit der Tschechoslowakischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in den Jahren 1933–1936]. Praha 1937, 270. – Zpráva o činnosti Československé sociálně demokracie k XXI. řádnému sjezdu v Brně ve dnech 14. – 16. listopadu 1947 [Bericht über die Tätigkeit der Tschechoslowakischen Sozialdemokratie zum XXI. ordentlichen Kongreß in Brünn vom 14. bis 16. November 1947]. Praha 1947, Tab. V.

demokratischen Sozialismus-Konzeption gehörten ferner der Staat als „gelenkte Demokratie“, straffe gesellschaftliche Integration und starke Führungsinstanzen sowie die Lenkung der Wirtschaft auf der Basis staatlichen, privaten und genossenschaftlichen Eigentums, wobei in der Landwirtschaft Kolchosen durchweg abgelehnt und im Agrarbereich, im kleingewerblichen und im Dienstleistungssektor genossenschaftliches Eigentum bevorzugt wurden. Die gesellschaftlich-politische Zersplitterung der Zwischenkriegszeit sollte durch großflächige Organisationssysteme und eine Art überparteilicher Volksbewegung überwunden werden. Dies waren auch Elemente eines Gegenbildes, das bestimmt wurde durch den Verfall des parteienstaatlichen Parlamentarismus in den dreißiger Jahren, durch Weltwirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit und die Hypertrophie politischer, wirtschaftlicher und sozialer Partikularinteressen⁶.

Spezifisch für alle ostmitteleuropäischen sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Parteien, ganz besonders aber für die tschechoslowakische sozialdemokratische Exilvertretung, war nun, daß ihre programmatischen Entwürfe für die Nachkriegszeit diesen allgemeinen Grundriß zumal seit 1941 radikalisierten. Mit dem Eintritt der Sowjetunion in den Weltkrieg zeichnete sich zunächst zwar nur vage, später aber immer deutlicher ab, daß Moskau nach dem Krieg seinen Einfluß in Osteuropa geltend machen würde. Das tschechoslowakische sozialdemokratische Exil reagierte sehr rasch auf diese Perspektive: Seit dem Sommer 1941 begann sein „sozialistisches Erwartungsniveau“, wie die einschlägigen Quellen zeigen⁷, kontinuierlich zu steigen. Beneš fand denn auch mit seiner Politik der Annäherung an Moskau, die 1941 bereits erste Konturen annahm, bei den Sozialdemokraten breiteste Zustimmung, die vom ohnehin sowjetfreundlichen Flügel um Zdeněk Fierlinger und Bohumil Laušman über die Gruppe um die Zeitschrift *Nová svoboda* mit Václav Patzák und Rudolf Bechyně bis zu denen reichte, die – wie František Němec, Václav Majer oder Ján Bečko – traditionelle sozialdemokratische Positionen verkörperten⁸.

Die Radikalisierung des sozialdemokratischen Exils hatte verschiedene Ursachen. Zum einen glaubten eher traditionell orientierte Sozialdemokraten wie Jaromír Nečas offensichtlich, daß die Partei dem Linksruck der Arbeiterschaft in der Heimat Rechnung tragen müsse⁹. Zum anderen meinten die Sozialdemokraten angesichts des

⁶ Kaum unterschieden von diesen konzeptionellen Überlegungen tschechoslowakischer Sozialdemokraten waren beispielsweise die gesellschaftspolitischen Zielsetzungen der SPD im Zweiten Weltkrieg. Vgl. dazu Moraw, Frank: Die Parole der „Einheit“ und die Sozialdemokratie. Zur parteiorganisatorischen und gesellschaftspolitischen Orientierung der SPD in der Periode der Illegalität und in der ersten Phase der Nachkriegszeit 1933–1948. Bonn 1973.

⁷ Cesta ke Květnu. Vznik lidové demokracie v Československu [Der Weg zum Mai. Die Entstehung der Volksdemokratie in der Tschechoslowakei]. Hrsg. von Miloš Klimeš, Petr Lesjůk, Irena Malá und Vilém Prečan. 2 Bde. Praha 1965.

⁸ Nedvěd, Jaroslav: Cesta ke sloučení sociální demokracie s komunistickou stranou v roce 1948 [Der Weg zur Vereinigung der Sozialdemokratie mit der kommunistischen Partei im Jahr 1948]. Praha 1968, 11 ff.

⁹ Vgl. hierzu den von Nečas im Sommer 1944 konzipierten Entwurf einer zentralen Sozial- und Wirtschaftsplanung für die Nachkriegs-Tschechoslowakei. Public Record Office, London. CAB 118/24.

zunehmenden politischen Gewichts der Kommunisten, die mit dem sowjetisch-tschechoslowakischen Freundschafts- und Beistandspakt vom 12. Dezember 1943 eine Vormachtstellung im tschechoslowakischen Exil errangen, diesen durch größere gesellschaftspolitische Radikalität den Rang in der Umbruchsituation am Ende des Krieges ablaufen zu können¹⁰. Drittens trieben auch die gesellschaftspolitischen Planspiele Benešs den Linkskurs der Sozialdemokraten voran: Seine Furcht vor einem „bolschewistischen Chaos“ in der Tschechoslowakei nach dem Krieg ließ ihn eine Reihe organisatorisch-politischer Präventivmaßnahmen ersinnen, die die Kommunisten „zähmen“ sollten, zugleich aber einschlossen, daß die Sozialdemokraten traditionelle Positionen räumten¹¹. Schließlich wird man auch bei der Sozialdemokratie einen exilspezifischen Realitätsverlust in Rechnung stellen müssen: Da ihr der Resonanzboden einer breiten sozialen Basis fehlte, der als Prüfstein und Korrektiv ihrer gesellschaftspolitischen Diskussionen hätte dienen können, stießen die sozialdemokratischen Zukunftsentwürfe kaum an andere Grenzen als die der politischen Phantasie ihrer Autoren und blieben in sehr begrenztem Maße realitätstüchtig¹².

Programmatisch geriet dieser sozialdemokratische Linksdrall nach 1941 rasch in den Sog symbolisch verallgemeinerter Ordnungsvorstellungen, mit denen diejenigen Merkmale der sowjetischen Gesellschaft – welche vielfältig schillernden Verwendungsweisen sie auch immer ermöglichten – vorausgreifend verbindlich gemacht werden sollten, an die sich die Tschechoslowakei nach dem Krieg vermutlich anzupassen hatte; zu diesen Vorstellungen gehörte zuallererst die Formel von der „nationalen Einheit“. Die Bedeutung, die sie gerade bei den Sozialdemokraten erlangte, hat nämlich nicht nur damit zu tun, daß nationale Einheit und auf politisch-organisatorischer Ebene das seit 1941 auch von den Kommunisten akzeptierte Prinzip der Nationalen Front im Hinblick auf den Widerstand gegen den Nationalsozialismus und als Grundlage des „Wiederaufbaupakts“ nach dem Krieg zwanglos zu zentralen politischen Wertorientierungen werden konnten. Vielmehr ist von Anfang an deutlich, daß die Sozialdemokraten mit dieser Formel – wohl auch in Überschätzung der nivellierenden Folgen von Krieg und Okkupation – einen hohen Grad der sozialen Einheit der tschechischen und slowakischen Nachkriegsgesellschaft antizipierten, zumindest aber eine weitreichende soziale und ideologische Vereinheitlichung der Arbeiterklasse, für deren politische Organisation selbst ein so traditionell orientierter Sozialdemokrat wie Němec schon 1941 die Bildung „einer großen sozialistischen, konstruktiven Partei“ vorschlug¹³.

¹⁰ In diesem Sinne hielt Beneš einige Sozialdemokraten im Londoner Exil für „kommunistischer als die Kommunisten“. Vgl. Cesta ke Květnu I/1 1965, Dokument Nr. 2.

¹¹ Cesta ke Květnu I/1 1965, Dokument Nr. 2, Anm. 3.

¹² Heumos, Peter: Emigration und soziales Verhalten. Zur psychosozialen, soziokulturellen und politischen Situation tschechoslowakischer Flüchtlinge im Zweiten Weltkrieg. In: Bildungsgeschichte, Bevölkerungsgeschichte, Gesellschaftsgeschichte in den böhmischen Ländern und in Europa. Festschrift für Jan Havránek zum 60. Geburtstag. Hrsg. von Hans Lemberg, Karel Litsch, Richard Georg Plaschka und György Ránki. Wien-München 1988, 427–437.

¹³ Nedvěd: Cesta ke sloučení 14.

Die 1941 im tschechoslowakischen politischen Exil einsetzende Dauerdiskussion über die Bildung einer sozialistischen Einheitspartei aus Sozialdemokraten und Kommunisten (gegebenenfalls unter Einbeziehung der nationalen Sozialisten) nach dem Krieg ist an anderer Stelle ausführlich dargestellt worden¹⁴. Herausgekommen ist dabei am Ende der sogenannte sozialistische Block, der im Februar 1944 in London aus den Exilvertretungen der Sozialdemokratie, der nationalen Sozialisten und der KPTsch gebildet wurde und – in ziemlich unbestimmt formulierter Weise – eine Aktionseinheit der drei Parteien bis zum Ende des Krieges und in der „Übergangsperiode“ nach dem Krieg vorsah¹⁵. Gewiß führte von diesem sozialistischen Block kein gerader Weg zur Zwangsvereinigung der Tschechoslowakischen Sozialdemokratie mit der KPTsch im Juni 1948, aber mit den programmatischen Grundlagen des Blocks akzeptierten die Sozialdemokraten einen Umbau der Gesellschaft, der sich noch vor 1948 als ein organisatorisch-politisches „Gehäuse der Hörigkeit“ erweisen sollte, aus dem es kein Entrinnen mehr gab¹⁶.

Rudolf Bechyně, neben Antonín Hampl die bedeutendste Persönlichkeit der Tschechoslowakischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Zwischenkriegszeit, gehörte zu den Wortführern der Debatte über das Verhältnis zur Sowjetunion und die Frage der sozialistischen Einheitspartei im tschechoslowakischen Exil. Es dürfte unbestritten sein, daß er wie kein zweiter eine möglichst weitreichende Anlehnung und Anpassung der Tschechoslowakei an die Sowjetunion befürwortete und nachdrücklicher als alle seine Genossen für die Vereinigung der Sozialdemokratie mit der KPTsch eintrat. Die einschlägige Literatur stellt durchweg darauf ab, den Politiker Bechyně in den Kriegs- und Exiljahren als linken Sektierer und realitätsfernen Wirrkopf abzustempeln und dementsprechend auch seine Äußerungen zu den hier diskutierten Fragen als „Verirrungen“ einzustufen¹⁷. Richtig ist sicher soviel, daß Bechyně in seiner sprunghaft-provokativen Art heute feststellen konnte, daß die Tschechoslowakei weder eine „preußische Provinz“ noch ein „russisches Gubernium“ werden wolle¹⁸, um morgen dem verblüfften Jan Masaryk zu erklären, daß sich die Tschechoslowakei nach dem Krieg auch in ihrer inneren politischen Struktur dem sowjetischen Muster anpassen solle¹⁹. Daß Bechyně nach 1941 und seiner Abberufung als Vorsitzender des Staatsrats an politischem Einfluß verlor, ist nicht als Folgewirkung seines zunehmend weniger kalkulierbaren Verhaltens zu interpretieren, sondern eher als Konsequenz seiner scharfen Kritik an der tschechoslowakischen Exilregierung, die

¹⁴ E b e n d a passim.

¹⁵ Cesta ke Květnu I/1 1965, Dokumente Nr. 8 und 9.

¹⁶ Heumos, Peter: Die Sozialdemokratie in Ostmitteleuropa 1945–1948. Zum gesellschaftlichen Potential des demokratischen Sozialismus in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn. In: Sowjetisches Modell und nationale Prägung. Kontinuität und Wandel in Ostmitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg. Hrsg. im Auftrag der Fachkommission Zeitgeschichte im J.-G.-Herder-Forschungsrat von Hans L e m b e r g. Marburg 1992, 51–70.

¹⁷ In der Regel stützen sich diese Einschätzungen auf Äußerungen von Beneš, J. Stránský u. a., die im Londoner Exil mit Bechyně politisch in Konflikt gerieten.

¹⁸ N e d v ě d: Cesta ke sloučení 14, Anm. 21.

¹⁹ E b e n d a.

ihn – so wie die Dinge lagen – notwendigerweise ins Abseits drängen mußte: Als einer der ganz wenigen, ja vielleicht als einziger Politiker des tschechoslowakischen Exils hat Bechyně schon 1942 nachdrücklich davor gewarnt, die deutsche Frage in der Tschechoslowakei mit den „barbarischen Methoden“ des Nationalsozialismus lösen zu wollen²⁰, und er hat in den folgenden Jahren keine Gelegenheit versäumt, öffentlich in schärfster Form die zahlreichen Korruptionsaffären anzuprangern, in die sich die tschechoslowakische Exilregierung verstrickte und die Beneš mit Geschick zu vertuschen wußte²¹.

Im übrigen gibt es keinen Anlaß, Bechyně zu exotisieren. Wenn er – um nur einige wenige Beispiele herauszugreifen – in den Jahren 1941 und 1942 mehrfach für eine „staatliche Verbindung“ der Tschechoslowakei zur Sowjetunion, für eine Konföderation beider Staaten und sogar für den „Beitritt“ der Tschechoslowakei zu Sowjetrußland plädierte²², so brachte er nur in pointierter Form jene Anpassungsstrategie zum Ausdruck, die seit 1941 zunehmend zur eigentlichen Signatur der tschechoslowakischen Exilpolitik und zumal der Sozialdemokraten wurde. Als im Frühjahr 1943 in London bekannt wurde, daß die Sowjets zwei Funktionäre des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes in Polen, Erlich und Alter, ermordet hatten, und die Exil-PPS daraufhin eine Protestkampagne entfachte, lehnte es die gesamte Führungsgarde der tschechoslowakischen Sozialdemokraten ab, sich diesem Protest anzuschließen, und übte sich in öffentlicher Apologetik der Sowjetunion²³. Bei den Verhandlungen über das Regierungsprogramm der Nationalen Front, die Beneš im März 1945 in Moskau führte, waren die genuin sozialdemokratischen Positionen im Exil bereits so aufgeweicht, daß die Partei darauf verzichtete, ein eigenes Programm vorzulegen, und sich damit begnügte, den kommunistischen Entwurf zu unterstützen²⁴. Beneš schließlich – als selbsternannter Anwalt sozialdemokratischer Politik – trug eifertig dazu bei, daß sich Moskau nicht den Kopf über sozialdemokratische Bastionen in der Tschechoslowakei zerbrechen mußte: Bereits im August 1941 meinte der Präsident, der sowjetischen Führung über Fierlinger signalisieren zu müssen, daß er von der „Notwendigkeit einer einheitlichen Arbeiterpartei“ in der Tschechoslowakei überzeugt sei²⁵. Beispiele dieser Art ließen sich noch reihenweise anführen ...

²⁰ Bechyně, Rudolf: *Pero mi zůstalo 1938–1945* [Die Feder ist mir geblieben 1938–1945]. Praha 1948, 209.

²¹ Public Record Office, London. Cabinet Papers 118/24, Summary of a speech by Mr. R. Bechyně at a Czechoslovak political meeting, held in London – Kingsway Hall, Holborn, 19th January 1945.

²² Brandes, Detlef: Großbritannien und seine osteuropäischen Alliierten 1939–1943. Die Regierung Polens, der Tschechoslowakei und Jugoslawiens im Londoner Exil vom Kriegsausbruch bis zur Konferenz in Teheran. München 1988, 172, 241, 283 (Anm. 59), 446 (Anm. 16), 509.

²³ Končelík, Zdeněk: Československá sociální demokracie v mezinárodním socialistickém hnutí v letech 1945–1948 [Die Tschechoslowakische Sozialdemokratie in der internationalen sozialistischen Bewegung in den Jahren 1945–1948]. In: *K dějinám Československé sociální demokracie* [Zur Geschichte der Tschechoslowakischen Sozialdemokratie]. Praha 1968, 258–317, hier 276 ff.

²⁴ Vošahlíková, Pavla: Československá sociální demokracie a Národní fronta [Die Tschechoslowakische Sozialdemokratie und die Nationale Front]. Praha 1985, 41.

²⁵ Nedvěd: *Cesta ke sloučení* 15.

Der Schock von München mag auch die Tschechoslowakische sozialdemokratische Arbeiterpartei in ihren Grundfesten erschüttert haben. Die Sowjetunion konnte der Partei in der tiefreichenden politischen Malaise der Jahre 1938/1939 nicht völlig unbegründet als ein denkbarer machtpolitischer Faktor in den Auseinandersetzungen um die Wiederherstellung der staatlich-nationalen Unabhängigkeit der Tschechoslowakei erscheinen. Hinter der Strategie der Anpassung an Moskau mochten bei den Sozialdemokraten taktische Überlegungen gestanden haben, die darauf setzten, daß mit dem Abebben der Wogen des zu erwartenden sozialen und politischen Umbruchs nach dem Krieg und der Konsolidierung der außenpolitischen Situation der Tschechoslowakei ein allmähliches Herauslösen von Partei und Staat aus kommunistischem bzw. sowjetischem Einfluß möglich sein würde. In der Tat: Ob das Verhalten der tschechoslowakischen Sozialdemokraten im Lichte der späteren Entwicklung berechtigt war oder nicht, sollte nicht der einzige Beurteilungsmaßstab sein. Die Fehlkalkulation bestand jedoch gewiß in der Annahme, die Anpassung an Moskau zwischen 1941 und 1945 bis hin zu strukturbildenden Maßnahmen betreiben zu können und dabei zugleich eine autonome Entscheidungsfähigkeit zu wahren, die zum gegebenen Zeitpunkt die Reversion dieses Prozesses ermöglichte. Die Geschichte der Tschechoslowakischen Sozialdemokratie nach 1945 zeigt, daß die qua Anpassung gesetzten Strukturen – wie oben schon angedeutet – zu umfassend waren, um noch Handlungsspielräume für alternative Orientierungen eröffnen zu können, deren es lange vor dem Februarumsturz 1948 und der anschließenden Vernichtung der Partei bedurft hätte.

Das im folgenden in deutscher Übersetzung abgedruckte Memorandum Rudolf Bechyněs an Stalin vom 9. Januar 1945 und das dazugehörige Begleitschreiben an den sowjetischen Parteichef illustrieren die hier knapp dargestellten Zusammenhänge in besonders eindringlicher Weise. Beide Dokumente stammen aus dem Nachlaß Bechyněs, der im Archiv des Nationalmuseums in Prag aufbewahrt wird²⁶.

²⁶ Der Nachlaß Bechyněs ist noch völlig ungeordnet; daher können die beiden Dokumente archivalisch nicht näher bezeichnet werden. Das Memorandum Bechyněs ist eine Durchschrift und umfaßt 12 Seiten in Maschinenschrift. Das Begleitschreiben an Stalin liegt als maschinenschriftliche Abschrift vor. Bechyně hat auf dieser Abschrift handschriftlich vermerkt, daß der Originalbrief handschriftlich verfaßt wurde. Für die freundliche Genehmigung zur Veröffentlichung der beiden Dokumente danke ich Herrn Dr. Jaroslav Čechura, dem Leiter des Archivs des Nationalmuseums. Übersetzt wurden die Dokumente von mir.

DOKUMENTATION

London, den 9. Januar 1945

Herr Marschall.

Die sowjetischen Schriftsteller erzählen, daß Sie den Bürgern Gehör schenken, die annehmen, daß sie Ihnen etwas zu sagen haben. Dadurch ermuntert, habe ich mich dazu entschlossen, Ihnen diesen Brief zu schreiben. Es ist mir peinlich genug, daß ich in diesem Brief – ebenso wie in dem beigefügten Memorandum – auch über mich sprechen muß. Dies ließ sich aber nicht umgehen, da es sich aus der Natur der Sache ergibt.

Ich habe den Kampf mit der tschechoslowakischen Regierung in London aufgenommen. Die Gründe dafür liegen nicht im persönlichen Bereich, sie sind rein politischer und sachlicher Art. Nach reifer Überlegung bin ich zu der Überzeugung gelangt, daß die tschechoslowakische Regierung in London dem tschechoslowakischen Volk und dem tschechoslowakischen Staat Schaden zufügt; deshalb unternehme ich den Versuch, diese Regierung noch in der Emigration zu stürzen. Ich stehe in Opposition gegen ein Regime, das sich auf die Anerkennung durch die Regierungen aller Großmächte stützt und dem alle Mittel der Macht, der Propaganda und des Prestiges zur Verfügung stehen. Ich dagegen habe den Kampf allein oder fast allein begonnen und vertraue nur auf meine Wahrheit. Und insofern habe ich ein lebhaftes Interesse daran, daß die Motive und Ziele meiner Bestrebungen nicht falsch dargestellt werden. Vor allem geht es mir darum, daß mein Verhältnis zur Sowjetunion nicht durch Verleumdungen oder Intrigen entstellt wird. Deshalb wende ich mich an Sie. Ich fordere Sie nicht dazu auf, in unsere inneren Angelegenheiten einzugreifen. Dies verlange ich von keiner alliierten Regierung. Ich bitte lediglich darum, daß Sie meine Informationen entgegennehmen.

In dem beiliegenden Bekenntnis führe ich aus, wie mein Verhältnis zur Sowjetunion war und ist, und welche Richtung ich einschlagen würde, wenn mein Kampf in London Erfolg haben sollte oder wenn mir unser Volk in der Heimat eine der wichtigeren öffentlichen Funktionen anvertrauen würde.

Ich bitte Sie, Herr Marschall, den Ausdruck meiner aufrichtigen Hochachtung entgegenzunehmen.

Ihr Rudolf Bechyně m. p.

Das Verhältnis zur Sowjetunion

Die tschechoslowakische Republik wird an die Sowjetunion grenzen. Die sowjetische Regierung verkündet und praktiziert den Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten. Dieses Prinzip wurde auch in dem sowjetisch-tschechoslowakischen Vertrag vom 12. Dezember 1943 verankert. Nichtsdestoweniger ist sicher, daß der Einfluß der sowjetischen Großmacht auf unser nationales Schicksal stark und dauerhaft sein wird. Jetzt, im Monat Januar, blühen in den Londoner Gärten noch die Rosen, weil der Golfstrom auf sie einwirkt. Er berührt keine von ihnen, greift nicht direkt in die „inneren Verhältnisse“ der Gärten ein, schafft aber eine allgemeine Atmosphäre, und dies hat seine Auswirkungen. Ich glaube, daß die Situation der tschechoslowakischen Republik von dieser Art ist und sein wird. Die mächtige Stimme der slawischen Wechselseitigkeit, die aus Moskau zu uns spricht, der Einfluß der sowjetischen Ideen und des sowjetischen Beispiels, die Logik der gemeinsamen Grenze, vor allem aber: das Blut der sowjetischen Jugend, das in dem gegenwärtigen Kampf auch für unsere tschechoslowakische Freiheit vergossen wird – dies alles kann nicht ohne tiefe Auswirkungen auf den Geist der Nation bleiben. Im übrigen gibt es hier schon ältere Einflüsse. Die gesamte bedeutendere russische und ukrainische Literatur liegt in guten tschechischen und slowakischen Übersetzungen vor. Die Namen der Klassiker wie Dostojewskij, Tolstoj, Puškin, Gogol, Ševčenko, Turgenew, Gončarov und vieler anderer, über Čechov und Gorkij bis hin zu den sowjetischen Schriftstellern und Dramatikern sind bei uns bekannt und geläufig. Unsere Freundschaft zum slawischen Osten hat traditionelle geistige Wurzeln.

Im übrigen habe ich mich zu der Überzeugung durchgerungen, daß die *absolute* [alle Hervorhebungen nach der Vorlage – P. H.] Souveränität einer kleinen Nation und eines kleinen Staates

in das Reich der konventionellen Fiktionen gehört. Davon habe ich mich in den zwanzig Jahren unserer staatlichen Souveränität zur Genüge überzeugen können. Gewiß haben wir souverän über einen großen Bereich unseres Lebens entschieden. Doch wahr ist auch, daß wir den mächtigen Einflüssen ausländischer Regierungen Kartelle usw. unterlagen, und zwar direkt und indirekt. Als Mitglied mehrerer Regierungen habe ich diplomatische Eingriffe in unsere Angelegenheiten erlebt, und es geschah mehr als einmal, daß wir unsere gerechten Interessen den Interessen mächtiger Staaten opfern mußten. Die Souveränität einer kleinen Nation und eines kleinen Staates ist eine sehr relative Sache. Im Falle der ČSR und der UdSSR geht es darum, daß die natürlichen Einflüsse eines großen und mächtigen Staatsverbandes auf der Grundlage aufrichtiger gegenseitiger Freundschaft beruhen, daß diese Freundschaft in den breitesten Volksschichten Wurzeln schlägt und unerschütterlich bis zum Tod ist. Ich will nicht nur einen Vertrag. Ich will gegenseitige Liebe, die alles zum Leben erweckt und alles gibt, ohne mehr zu verlangen, als sie selbst gewährt.

Ich glaube nicht, daß ein solches Verhältnis zwischen uns automatisch entsteht. In unseren reicheren Schichten liegen jetzt zwei Seelen miteinander im Streit. In der Heimat wissen alle, daß es ohne den Sieg der Roten Armee keine tschechische und slowakische Freiheit geben wird und daß wir ohne diesen Sieg vielleicht für immer in den Händen des Mörders bleiben. Deshalb sehnen sich in der Heimat alle diejenigen, die nicht korrumpiert sind, danach, daß die Rote Armee so rasch wie möglich siegt. Zugleich leben aber die reicheren Schichten in der Furcht vor dem Bolschewismus. Es könnte also geschehen, daß diese Schichten nach der Zerschlagung der deutschen Kriegsmaschinerie in eine Richtung zu wirken beginnen, die den freundlichen Beziehungen zwischen der ČSR und der UdSSR schaden würde. Von Anfang an muß das erwünschte Verhältnis aufrichtiger Freundschaft von Männern begründet und gepflegt werden, die ihr Mäntelchen nicht nach dem Winde hängen. Dieser ganze habgierige Konjunkturalismus würde unsere Beziehungen vergiften. Ich behaupte, daß unsere Regierung in London von eben diesem Opportunismus durchsetzt ist. Dies ist auch einer der Gründe, weshalb ich den Kampf gegen sie aufgenommen habe. An die Spitze und ans Ruder müssen Männer gelangen, die so reden wie sie denken, und so handeln wie sie reden. Männer, deren Charakter als Politiker und als Mensch dem tschechoslowakischen Volk klar ist. Männer, die weder die Sowjetunion noch Großbritannien und die Vereinigten Staaten belügen. In London sind tschechoslowakische Politiker tätig, die gestern mit den Pilsudski-Anhängern eine Föderation als „Damm gegen die expansiven Pläne des Bolschewismus“ gegründet haben und heute rot sind wie eine gebratene Martinsgans. Und die sich morgen, wenn es die Situation ermöglicht und es ihren persönlichen Ambitionen entspricht, als Anführer der antisowjetischen Reaktion zur Verfügung stellen. Wer sich in der Politik einmal um 180 Grad gedreht hat, wird es ein zweites und ein drittes Mal tun. In meinem ganzen Leben habe ich Falschheit am meisten gehaßt. Ein tschechisches Sprichwort sagt: Ehrlich währt am längsten.

Wenn ich recht unterrichtet bin, dann haben in der Heimat beträchtliche Teile der einstigen sozialdemokratischen Bewegung – obwohl vergewaltigt und vorübergehend zum Schweigen gebracht – ihre Existenz retten können und beabsichtigen, im künftigen tschechoslowakischen Staat eine aktive Rolle zu spielen. Die sechzigjährige Tradition der tschechischen Arbeiterbewegung konnte nicht einfach verschwinden, denn wir sind keine Deutschen. Ich vertraue darauf, daß im Untergrund neue Führer herangewachsen sind, die an die Öffentlichkeit treten werden, wenn die Zeit gekommen ist. Gleichwohl darf ich den Gedanken nicht verwerfen, daß auch einige der alten Führer dazu aufgerufen sein werden, den Jungen beim Wiederaufbau zu helfen. Was mich betrifft, so bewerbe ich mich um kein Amt, aber ich werde auch keines ablehnen. Es ist möglich, daß meine Anhänger meiner Mitarbeit bedürfen werden. Für diesen Fall möchte ich hier kurz darlegen, wie mein Verhältnis zur Sowjetunion war und ist, und in welche Richtung ich wirken möchte. Von der Entstehung der ČSR bis zum Eintritt der Sowjetunion in den Völkerbund stand ich in meinem Land an der Spitze des Kampfes gegen die tschechoslowakische Sektion der Dritten Internationale. Die große russische Revolution betrachtete ich als Produkt der russischen Geschichte, der russischen Situation, des russischen revolutionären Denkens und der russischen Menschen; ich glaubte nicht daran, daß diese Revolution – wo immer es sein mochte – mechanisch wiederholt werden könnte. Ich war davon überzeugt, daß die revolutio-

näre Methode, die das große Zarenreich erneuert und gerettet hat, unser kleines Land ins Verderben führen würde. Nach dem Krieg, im Jahre 1918, wurde die große Masse des tschechoslowakischen Volkes von der geradezu elementaren Furcht beherrscht, daß die kaum gewonnene staatliche und nationale Freiheit verloren gehen würde, wenn sich die tschechoslowakische Arbeiterklasse dazu entschließen sollte, ihre eigene Revolution auf der Grundlage ihrer Klasseninteressen durchzuführen. Auch ich teilte diese Furcht. Diese Überzeugung mochte unrichtig sein, aber sie war ehrlich gemeint. Deshalb stellte ich mich hinter den Führer der nationalen Revolution T. G. Masaryk, und deshalb geriet ich nach dem Staatsstreich des Jahres 1918 in Konflikt mit dem Bolschewismus in unserem Land.

Die Probleme unseres neuen Staates waren vielschichtig und nicht leicht zu lösen. Wir konnten uns als Staat nicht ohne das Wohlwollen und die Hilfe der westlichen Welt konstituieren, die auf dem Höhepunkt ihrer politischen und militärischen Macht stand, während Rußland im Bürgerkrieg versank und faktisch von der Mitwirkung beim Aufbau Nachkriegseuropas ausgeschlossen wurde. Die überwiegende Mehrheit des tschechoslowakischen Volkes sprach sich für die westlichen politischen Ideen und Muster aus, vor allem für die parlamentarische Regierungsform. Wohlwollen und Hilfe des Westens benötigten wir auch bei der Festsetzung unserer Staatsgrenzen, ganz zu schweigen von materieller Unterstützung (Lebensmittel, Rohstoffe, Kredite usw.). Wir hatten keine eigene Diplomatie (und haben sie – von einigen seltenen Ausnahmen abgesehen – bis heute nicht) und kamen nicht ohne die Hilfe von Diplomaten der Westmächte, vor allem Frankreichs aus. Wir hatten keine Offiziere mit höherer fachlicher Ausbildung und konnten nicht auf die Hilfe des französischen Generalstabs verzichten – so schien es uns damals zumindest. Wir hatten den Eindruck, daß unsere staatliche Existenz schlichtweg von den siegreichen Großmächten des Westens abhing.

In der Tschechoslowakei selbst dauerten alte, gefährliche Konflikte historischen Ursprungs an. Hier gab es vor allem drei Millionen Deutsche, die sich unmittelbar nach dem Umsturz theoretisch von der Republik trennten (s. dazu Renners und Bauers provisorische Verfassung der österreichischen Republik, die uns ein größeres Gebiet wegnahm als später Hitler in der Münchener Krise; nur blieb dies auf dem Papier, da die Pangermanen damals nicht über die erforderlichen Kanonen, Panzer, Flugzeuge und Divisionen verfügten). Unser Zusammenleben in einem gemeinsamen Staat begann damit, daß die Deutschen in Reichenberg eine Gegenregierung bildeten, einen kleinen Aufstand anzettelten und gleich anschließend zur parlamentarischen Obstruktion übergingen. Ein weiterer historischer Konflikt bestand zwischen dem fortschrittlichen tschechischen Volk und der römisch-katholischen Kirche; in den Anfängen der Republik spielte dieser Konflikt unter dem Gesichtspunkt des staatlichen und nationalen Zusammenhalts eine gefährliche und destruktive Rolle. Auch standen wir vor dem schweren Problem des Zwierspals zwischen Städten und Industrie auf der einen, dem Dorf und der Landwirtschaft auf der anderen Seite. Der Konflikt zwischen diesen beiden Bereichen ging tief, und die Auseinandersetzungen waren ungewöhnlich hart und leidenschaftlich. Zu einem erheblichen Teil handelte es sich dabei um ein Erbe der österreichischen Monarchie. Zu diesen Problemen kam ein neues hinzu: das Problem des organischen Zusammenwachsens unserer östlichen Länder mit den historischen Ländern. Nach einigen Monaten selbständiger staatlicher Existenz sah unsere Situation folgendermaßen aus:

Das gesamte germanisierte Grenzgebiet unter der Führung der deutschen Nationalisten (und der sozialistischen Nationalisten) lehnte es ab, die Niederlage Deutschlands im Krieg zu akzeptieren, und ging gegen den jungen und noch schwachen Staat zunächst mit einem Aufstand, dann mit Obstruktion vor.

Der politische Katholizismus in den historischen Ländern trat in scharfe Opposition, während er in der Slowakei unter der Führung magyaronischer Priester und sogar Verräter, die in fremden Diensten standen (s. dazu die Rolle von Jehliczka und Tuka), Widerstand zu organisieren begann.

Zwischen dem agrarischen Dorf und der industriellen Stadt entbrannte ein leidenschaftlicher Kampf.

Ein Teil der Arbeiterklasse hatte mit den russischen revolutionären Ideen auch die russische revolutionäre Taktik übernommen, die in der damaligen europäischen Situation keinen Erfolg haben konnte.

Damals festigte sich meine Überzeugung, daß die staatliche und nationale tschechoslowakische Freiheit schon in ihren Anfängen zum Scheitern verurteilt sein würde, wenn alle arbeitenden Klassen die Mitwirkung beim aktiven Aufbau der neuen staatlichen Ordnung verweigerten. Deshalb führte ich einen Teil des sozialistischen Lagers in die Koalition und die Zusammenarbeit mit den Bauern und der städtischen Bourgeoisie, ohne mich dabei um die Beschuldigung zu kümmern, ich sei ein Söldling der Bourgeoisie. Mit der ganzen Leidenschaft meiner Überzeugung, wenn auch jugendlich unerfahren, wandte ich mich gegen die Lehre und die Politik der Dritten Internationale in unserem Land. Bewußt übernahm ich in der Arbeiterschaft die unpopuläre Position eines unversöhnlichen Widersachers des Bolschewismus. Meine Situation war nicht einfach. Nach dem Wechsel Vlastimil Tusars in den diplomatischen Dienst und vor allem nach seinem Tod wurde ich zum politischen Führer der Sozialdemokratie, war Mitglied mehrerer Koalitionsregierungen und wiederholt stellvertretender Vorsitzender des Kabinetts; ich mußte für die Aufrechterhaltung der parlamentarischen Mehrheit und die Arbeitsfähigkeit der Regierungskoalition sorgen, was einen ununterbrochenen Kampf mit der kommunistischen Opposition voraussetzte.

Ich leugne nichts von meiner Tätigkeit in der Vergangenheit und möchte sie nicht schönfärben. Ich bin ein tschechoslowakischer Politiker, liebe mein Volk und mein Land über alles in der Welt, und alles, was ich tue, soll zur Freiheit und zum Glück dieses Volkes beitragen, das in seiner Geschichte so viele schwere Stunden überstanden hat. Alter und Krankheit haben meinen Optimismus nicht gebrochen. Ich glaube an den Fortschritt, ich glaube an die menschliche und nationale Freiheit meines Volkes – zumal jetzt, da die Vorsehung entschieden hat, daß wir unmittelbare Nachbarn des großen slawischen Reiches werden, dem an unserer Freundschaft liegt, obwohl wir klein, schwach und von einem mächtigen Feind bedroht sind, dessen geographischer Umklammerung wir uns nicht entziehen können.

Mein jahrelanger Kampf mit den Kommunisten betrifft freilich nur die Regelung unserer innenpolitischen Verhältnisse. *Dieser Kampf hat mich nicht daran gehindert, einen entschieden positiven, auf Freundschaft gegründeten Standpunkt zur russischen Revolution und zur Sowjetunion einzunehmen.*

Von Anfang an war ich mir dessen bewußt, daß ein Scheitern der russischen Revolution von neuem die Freiheit der kleinen Nationen bedrohen würde und daß damit auch das Schicksal der Demokratie in einem großen Teil Europas besiegelt wäre. Deshalb habe ich in der Zeit, als sich die Delegierten der sowjetischen Regierung zu den Friedensverhandlungen mit den Abgesandten des wilhelminischen Deutschland nach Brest-Litovsk begaben, einen Artikel mit dem Titel „Otrhaný majestát“ (Die zerlumpete Majestät) geschrieben und in der Parteipresse veröffentlicht, in dem ich die sowjetische Regierung gegen die Angriffe der reaktionären tschechischen Presse verteidigte. Dies war vor dem Ende des Ersten Weltkrieges. Deshalb habe ich zu Beginn des Jahres 1919 eine Abordnung von Vertrauensmännern der Arbeiterschaft auf die Prager Burg geführt und dem Präsidenten der Republik die Forderung vorgetragen, die tschechoslowakischen Legionen an der sibirischen Magistrale sollten ihren unglücklichen Kampf gegen die Revolution einstellen und in die Heimat zurückbeordert werden. Deshalb habe ich in der Zeit, als Piłsudski seinen Feldzug nach Kiew unternahm, öffentlich gegen diese Eroberungspläne Stellung genommen und die Prager Regierung gedrängt, strikte Neutralität zu wahren und der tschechoslowakischen Rüstungsindustrie zu verbieten, Piłsudski mit Waffen zu beliefern. Ich habe die Sozialdemokratie in den Kampf für die De-jure-Anerkennung der Sowjetunion und die Herstellung freundschaftlicher politischer, wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen geführt. Ich habe mich gegen die Reaktion in unserer Regierung gestellt, als diese die Einfuhr sowjetischer Filme in die Tschechoslowakei ablehnte. Aus vollem Herzen habe ich mich in der Regierung und in der Öffentlichkeit für staatliche Garantien der Kredite eingesetzt, die zur Herstellung wirtschaftlicher Beziehungen mit der Sowjetunion erforderlich waren. Als diese Bemühungen zum Ziel geführt hatten und als sich nach der Unterzeichnung des Vertrags von 1935 zwischen der ČSR und der UdSSR etwas viel Stärkeres zu entwickeln begann als korrekte Beziehungen zwischen zwei Regierungen, d.h.: als zwischen den Nationen beider Staaten *Freundschaft* zu entstehen begann, da habe ich Stunden eines stillen, persönlichen Glücks durchlebt. Bei aller Bescheidenheit habe ich das Recht, auf meinen Anteil an dieser Entwicklung hinzuweisen.

Von diesem Weg aufrichtiger Freundschaft zur Sowjetunion habe ich mich niemals und durch nichts abbringen lassen.

Ende Juni 1939 ging ich in die Emigration, und zwar illegal. Mein erstes war, dem tschechoslowakischen Botschafter in Moskau, Zdeněk Fierlinger, aus Krakau einen Brief zu schreiben, in dem ich darum bat, die Zustimmung der sowjetischen Regierung zu meiner Einreise in die Sowjetunion einzuholen. Ich wollte in Moskau leben. Fierlinger antwortete mir, dies sei nicht einfach, und empfahl mir, nach London zu gehen. Für mich und meine Frau war dies eine große Enttäuschung; wir hatten uns darauf gefreut, bescheiden in Rußland zu leben, zu lernen und an dem Kampf helfend teilzunehmen, von dem wir ahnten, daß er kommen würde. Als im August jenes Jahres das Abkommen zwischen der Sowjetunion und Deutschland geschlossen wurde, schrieb ich darüber eine Abhandlung, die ich einmal veröffentlichen werde und deren Inhalt meinen Freunden bekannt ist; darin habe ich meinen Glauben an Rußland bekannt. Weihnachten 1940 war ich Gast des 2. tschechoslowakischen Bataillons in England. Oberst Satorie, ein ergebener Freund der Sowjetunion, gab ein festliches Abendessen. Die Stirnwand des Speisesaals war mit zwei Fahnen geschmückt, der britischen und der tschechoslowakischen. Damals brachte ich einen feierlichen Trinkspruch aus, in dem ich erklärte: „Wir alle freuen uns darüber, daß sich diese beiden Staatsfahnen in kameradschaftlicher Gemeinsamkeit gegenseitig ergänzen. Aber wirklich glücklich werden wir erst sein, wenn eine dritte Fahne hinzukommt, eine einfarbige.“ Dies ereignete sich in der Zeit, als sich die tschechoslowakische Regierung in London bereits auf dem Holzweg der tschechoslowakisch-polnischen Konföderation befand. Die Soldaten verstanden mich – im Saal erhob sich begeisterter Beifall. Von Mund zu Mund ging das geflügelte Wort: Bechyně ist für die Sowjets. Wie gesagt, dies geschah ein halbes Jahr vor dem Eintritt der Sowjets in den Krieg.

Im März 1941 wurde in London die Publikation der „Nová svoboda“ wiederaufgenommen, die ich 1923 in Prag gegründet hatte. Gleich in der ersten Nummer der Londoner Ausgabe veröffentlichte ich einen Artikel „List Polákovi“ (Brief an einen Polen), der sich kritisch gegen das Abkommen zwischen der tschechoslowakischen und der polnischen Regierung richtete, sich zu einem demokratischen Polen bekannte und den Grundsatz aufstellte: *Nichts ohne die Sowjetunion – die Freundschaft mit Rußland ist die Grundlage unserer Politik*. Auch die übrigen Beiträge gingen von diesem Standpunkt aus. Im übrigen spricht „Nová svoboda“ für sich, und sie spricht für mich. Es bleibt mir nur die Feststellung, daß ich an allem, was ich in dieser Zeitschrift über das Verhältnis zwischen der ČSR und der UdSSR geschrieben habe, festhalte und nichts davon aufgeben werde.

Aus Moskau spricht nun eine Stimme zu uns, die wir alle – ob in der Heimat oder in der Emigration – bestens verstehen. Es ist die Stimme der slawischen Wechselseitigkeit. Das moderne Moskau hat den Beweis geliefert, wie es die Freiheit der Nationen in der Sowjetunion begreift. Wir wissen, daß der Theoretiker und praktische Politiker der sowjetischen Nationalitätenfrage Josef Stalin ist. Deshalb glauben wir fest daran, daß die slawische Wechselseitigkeit, die aus Moskau verkündet wird, kein geistiges Instrument zur politischen Beherrschung anderer slawischer Nationen ist. Sie ist kein Instrument einer imperialistischen Expansion. Dieser moderne Pan-slawismus stellt auch keine Bedrohung für die nichtslawischen Nationen dar. Im Gegenteil: Aus der geistigen Vereinigung aller Slawen auf der ideellen Grundlage von Demokratie, Solidarität, Freiheit und Fortschritt geht eine mächtige politische Kraft hervor, die die Freiheit, die Demokratie und den Fortschritt aller kleineren und schwächeren Nationen schützen wird.

Ich muß nun auf die Frage eingehen, warum ich – sozusagen am Ende des Krieges und der Emigration – den Kampf mit der Londoner Regierung aufgenommen habe. Vor allem muß ich betonen, daß ich mich mit diesem Regime niemals identifiziert und ihm nach Kräften Widerstand entgegengesetzt habe, allerdings nicht in der Öffentlichkeit. Die ständigen Rücksichten auf die tragische Situation in der Heimat hinderten mich daran, den Bruch auch in der Öffentlichkeit zu vollziehen. Ich habe versucht, einzelne Taten dieses unfähigen Regimes zu verhindern, indem ich es von innen her zu beeinflussen suchte, doch ohne Erfolg. Das zentrale Problem war und ist im übrigen der Kampf gegen Hitlers Fremdherrschaft. Doch die nationale

Einheit dieses Kampfes läßt sich auf der Grundlage des Programms der tschechoslowakischen Regierung in London nicht aufrechterhalten. Wir brauchen eine neue Führung. Meine bisherigen Rücksichten sind durch den Gang der Ereignisse gegenstandslos geworden. Die Situation verlangt nach einem anderen Vorgehen.

Das Ende des Krieges rückt näher, und die Regierung steht vor neuen Aufgaben, die sofort gelöst werden müssen. Die Regierung unter Mgr. Šrámek ist diesen Aufgaben nicht gewachsen. Sie besitzt keine Autorität, hat weder die erforderlichen Kontakte zur Heimat noch zu den alliierten Regierungen und verfügt über kein Programm, wie sich vor allem während des Nationalaufstands in der Slowakei gezeigt hat. Diese Regierung hat im Ausland einen Apparat aufgebaut, mit dem in der Heimat die Schlüsselpositionen in der Wirtschaft, in der Armee und in der Staatspolizei besetzt werden sollen; ich habe jedoch nicht das Vertrauen, daß dieser Apparat in der Tschechoslowakei wirklich eine Politik des Volkes betreiben wird. Aus diesen Gründen gehe ich gegen diese Regierung vor. Ich halte daran fest, daß eine neue Regierung bessere Ergebnisse erzielen könnte. Was noch in der Fremde getan werden kann, muß geschehen. Die Regierung unter Mgr. Šrámek ist nicht mehr handlungsfähig.

Ich habe in der Vergangenheit an der Seite der Sowjetunion gestanden. Um so mehr gilt dies heute, nachdem sie sich unter furchtbaren Opfern die Stellung einer anerkannten Großmacht erkämpft hat und eine gefestigte, konsolidierte und erfolgreiche Kraft darstellt.

Wenn mir eine wichtigere politische Rolle zufallen sollte, würde ich dafür sorgen, daß die neue Regierung schon von ihrer Zusammensetzung und von ihrem Programm her eine hinreichende Garantie für die brüderliche Zusammenarbeit mit der Sowjetunion bieten würde. Der Vertrag vom 12. Dezember 1943 würde der Grundstein unserer Politik bleiben. Wir würden uns darum bemühen, daß der Austausch von wirtschaftlichen Gütern und technischen und kulturellen Dienstleistungen zwischen den beiden Staaten so groß und zweckmäßig wie möglich wäre. Wir würden in Moskau ein „Amt für den Aufbau wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen“ errichten, wenn die sowjetische Regierung dem zustimmt. Dieses Amt würde Bestandteil der tschechoslowakischen Administration in London sein. Wir würden uns darum bemühen, mit der sowjetischen Regierung so rasch wie möglich ein Abkommen darüber abzuschließen, welche der für die erste Nachkriegshilfe und den Wiederaufbau der Wirtschaft unerlässlichen Güter uns die Sowjetunion zur Verfügung stellen kann. Den restlichen Bedarf würden wir bei den westlichen Alliierten zu befriedigen versuchen.

Aus ganzer Kraft und aus voller Überzeugung würde ich mich darum bemühen, daß die tschechoslowakische Politik insgesamt den guten Beziehungen der Sowjetunion zu ihren westlichen Alliierten nicht im Wege steht. Für Europa, für die ganze Welt wäre es das größte Glück und ein Segen, wenn die Zusammenarbeit der Sowjetunion, Großbritanniens und der USA auch nach dem Krieg aufrechterhalten bliebe. Wir würden versuchen, zu dem neuen Polen ein möglichst gutes Verhältnis herzustellen; allerdings müßte Polen ein positives und freundschaftliches Verhältnis zur Sowjetunion entwickeln. Den gleichen Weg würden wir gegenüber den anderen kleinen Nachbarn der ČSR einschlagen.

Ich muß vielleicht nicht ausdrücklich erwähnen, daß der Wandel der historischen Gesamtsituation mein Verhältnis zu den tschechoslowakischen Kommunisten geändert hat, so wie dieser die künftigen Aufgaben der Sozialdemokratie ändert. Ich gehöre zu den Sozialisten, deren Wunsch es ist, daß die gesamte arbeitende Klasse unter einer gemeinsamen, konstruktiven Politik und auf der Grundlage eines gesamtnationalen und gesamtstaatlichen Programms vereinigt wird.

London, Anfang Januar 1945

Rudolf Bechyne,
49, Ormonde Court
Upper Richmond Road,
London, S. W. 15.